

Gönner will weniger Verkehrslärm

Die Landesumweltministerin macht sich für ein Milliardenprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden stark

Für viele Menschen ist Ruhe ein Luxusgut: 150 000 im Land müssen mit gesundheitsgefährdendem Krach leben. Doch Lärmschutz ist teuer, die Städte allein sind damit überfordert.

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Umweltministerin Tanja Gönner will Bund, Länder und Gemeinden für ein Milliardenprogramm zugunsten des Lärmschutzes gewinnen. Damit sollen zumindest die größten Lärmquellen entschärft werden, das sind die Fernverkehrs-

straßen. Insgesamt 1,8 Milliarden Euro sollen Bund, Länder und Gemeinden zu je einem Drittel in den nächsten zehn Jahren aufbringen, so die Ministerin gegenüber unserer Zeitung. Auf Baden-Württemberg entfielen jährliche Kosten von 4,3 Millionen Euro.

„Ich bin zuversichtlich, dass wir zu einer Verständigung gelangen“, sagte Gönner mit Blick auf die nächste Umweltministerkonferenz im Juni, auf der das Thema diskutiert werden soll. Bereits 2008 hatten sich die Ressortchefs auf ein derartiges Sonderprogramm verständigt. Die Mittel gingen dann jedoch in den Konjunkturprogrammen auf, die ebenfalls der Lärmbekämpfung dienen sollten. Die Gemeinden haben

jedoch so gut wie nichts aus den Konjunkturmilliarden für den Lärmschutz abgezweigt.

Dabei gilt Lärm als „das ungelöste Umweltproblem Nummer eins im Land“. Dies hat der Nachhaltigkeitsbeirat der Ministerin in einem Gutachten bescheinigt. Im Südwesten leben 150 000 Menschen an

Ihre Meinung bitte!

Kümmert sich die Politik zu wenig um die Zunahme des Verkehrslärms?
www.stuttgarter-nachrichten.de/meinung

Hauptverkehrsstraßen mit Lärmpegeln von tagsüber mehr als 65 Dezibel und nachts über 55 Dezibel. Diese Werte gelten als Gesundheitsrisiko.

Zum Vergleich: Ein Staubsauger ist rund 70 Dezibel laut. Die EU schreibt für Ballungsräume eine Kartierung der Lärmbelastung vor. Außerdem müssen die Gemeinden in Aktionsplänen erläutern, was sie dagegen zu tun gedenken. 22 dieser Pläne liegen mittlerweile vor, 42 weitere sind in Arbeit. Die Mittel für das Sonderprogramm sollen durch Umschichtungen im Umwelthaushalt aufgebracht werden. Auch der Bund, so heißt es, habe signalisiert, dass er sich in der Verantwortung sehe.